

Krieg, Yvonne; Beckmann, Laura; Kliem, Sören (2019). Regionalanalyse Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein 2018. KFN-Forschungsbericht Nr. 149. Hannover: KFN.

Zusammenfassung

Das Projekt „Fortschreibung der Regionalanalysen zu Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein“ wurde vom Landespräventionsrat Schleswig-Holstein, Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration des Landes Schleswig-Holstein (MILI) gefördert und kann als Anknüpfungsprojekt zu zwei vorherigen, in den Jahren 2013 und 2014 durchgeführten Untersuchungen zum Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein (Maresch & Bliesener, 2015; Maresch, Gansewig & Bliesener, 2013) verstanden werden. In diesen beiden Untersuchungen wurde für die Landgerichtsbezirke Lübeck (2013) sowie Kiel, Itzehoe und Flensburg (2014) mittels Schüler- und Expertenbefragungen das Ausmaß von Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein erfasst, Bedingungsfaktoren für die Entstehung rechtsextremer Einstellungen herausgestellt und ermittelt, inwieweit unter den befragten Expertinnen und Experten Handlungsbedarf gesehen wird und welche Schwerpunkte sie bei der allgemeinen Arbeit zur Demokratieförderung und Bekämpfung von Rechtsextremismus setzen würden.

Im Rahmen der aktuellen Fortschreibung der Regionalanalysen wurde im Jahr 2018 eine repräsentative Befragung von 2.824 Schüler*innen der siebten und neunten Jahrgangsstufe an allgemeinbildenden Schulen vorgenommen. Diese wurde vom Ministerium für Bildung und Wissenschaft des Landes Schleswig-Holstein genehmigt und in den vier Landgerichtsbezirken Lübeck, Kiel, Itzehoe und Flensburg zwischen Ende Februar und Mitte Juni 2018 durchgeführt. Die Befragung war als Online-Befragung konzipiert, auf eine Schulstunde ausgelegt und fand im Klassenverband unter der Anwesenheit der entsprechenden Klassenlehrkraft und eines oder einer geschulten Testleiter*in statt. Die Heranziehung unterschiedlicher Altersklassen erlaubt es, mögliche Veränderungen rechtsextremer Einstellungen in unterschiedlichen Entwicklungsperioden des Jugendalters zu erfassen. Dass nicht auch Schüler*innen in noch höheren Klassenstufen befragt wurden, ist dem Umstand geschuldet, dass nicht jede Schulart über eine 10. Jahrgangsstufe sowie über eine Sekundarstufe II verfügt (vgl. auch Maresch und Bliesener 2015).

Im Mittelpunkt der Befragung standen Erfahrungen mit rechtsextremer Gewalt und rechtsextremen Einstellungen. Im Vergleich zu den beiden vorherigen Befragungen wurde das Spektrum abgefragter Einstellungen, Verhaltensweisen und Korrelate von Rechtsextremismus deutlich erweitert. Eine solche expandierte Replikation erlaubt es nicht nur, Veränderungen in der Ausprägung rechtsextremer Einstellungen sowie deren Bedrohungsempfinden im Dunkelfeld zu erfassen, sondern vor allem auch den Blick auf neu aufgekommene Phänomene zu richten, denen möglicherweise ein bedeutender Anteil an der Zunahme von rechtsextremistisch motivierten Straftaten bzw. rechtsextremen Einstellungen zukommt. Insgesamt erlaubt es die Fortschreibung der Regionalanalysen in Schleswig-Holstein, neuere Veränderungen hinsichtlich des Vorkommens politisch extremen Gedankenguts sowie der Kontaktaufnahme zu rechtsextremen Personen, Organisationen, Freizeitangeboten und Veranstaltungen unter Jugendlichen zu erfassen. Auf Basis dieser Erkenntnisse können letztlich Hinweise für zukünftige Präventionsarbeit abgeleitet werden. Zudem können Aussagen über die Notwendigkeit neuer Handlungsempfehlungen bezüglich der Prävention rechtsextremer Einstellungen und Gewalt getroffen werden, insbesondere auch was das Aufkommen neuerer Phänomene angeht.

Jede*r zweite befragte Schüler*in ist männlich (51,1 %), das Durchschnittsalter liegt bei etwas unter 15 Jahren (14,7 Jahre) und 7,5 % der Befragten wachsen in Familien auf, die von staatlichen Transferleistungen abhängig sind. Etwa jede*r dritte Befragte (28,9 %) lebt nicht mit beiden leiblichen

Eltern zusammen und etwas weniger als ein Viertel (24,0 %) der befragten Neuntklässler*innen weist einen Migrationshintergrund auf. Die meisten der Jugendlichen mit Migrationshintergrund in der Stichprobe weisen dabei einen türkischen, polnischen oder russischen Migrationshintergrund auf.

Entwicklung und Prävalenz rechter Einstellungen und Verhaltensweisen in Schleswig-Holstein

- **Es bestehen signifikante Unterschiede in der Ausprägung rechter Einstellungen zwischen den Landgerichtsbezirken Kiel, Flensburg, Itzehoe und Lübeck.** Während im Landgerichtsbezirk Lübeck lediglich 1,8 % der Schüler*innen ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild vertreten, sind es in den Landgerichtsbezirken Itzehoe und Kiel 2,5 % bzw. 3,6 % der Heranwachsenden. Im Landgerichtsbezirk Flensburg ist es sogar jede*r 19. Jugendliche, der oder die im Durchschnitt allen abgefragten rechten Einstellungen zustimmt (5,3 %). Ein rechtsextremes Weltbild vertreten in Schleswig-Holstein 3,1 % der Jugendlichen. Auch bei den einzelnen Dimensionen des Rechtsextremismus ist es der Landgerichtsbezirk Flensburg, dessen Schüler*innen die höchsten Zustimmungsraten erzielen (mit Ausnahme der homophoben Einstellungen). Die zweithöchsten Prävalenzraten erzielt bei den meisten Dimensionen der Landgerichtsbezirk Itzehoe. Die geringste Akzeptanz von rechten Einstellungen liegt je nach Dimension in den Landgerichtsbezirken Lübeck oder Kiel.
- **Rechte Einstellungen nehmen unter Jugendlichen in Schleswig-Holstein zu.** Hinsichtlich der Frage, wie sich der Anteil an Jugendlichen mit rechten Einstellungen zwischen 2013 bzw. 2014 und 2018 entwickelt hat, kann eine Zunahme der Zustimmungsteile für viele der untersuchten rechten Einstellungen ausgemacht werden. So deutet vieles darauf hin, dass 2018 muslimfeindliche und demokratieablehnende Einstellungen häufiger geteilt werden als noch im Jahr 2013 bzw. 2014. Dies trifft in begrenztem Maße auch auf ausländerfeindliche Einstellungen zu. In Bezug auf muslimfeindliche und ausländerfeindliche Einstellungen ist es der Landgerichtsbezirk Itzehoe, in dem die Zustimmungsteile am deutlichsten im Vier-Jahres-Vergleich gestiegen sind (Steigerung Muslimfeindlichkeit um bis zu 19,5 Prozentpunkte; Steigerung Ausländerfeindlichkeit um bis zu 18 Prozentpunkte). In den Landgerichtsbezirken Flensburg und Itzehoe ist außerdem eine Zunahme antisemitischer Einstellungen zu beobachten, wobei insbesondere der Landgerichtsbezirk Flensburg hier auffällt (Steigerung um bis zu 5,7 Prozentpunkte). Für den Landgerichtsbezirk Itzehoe steigt zusätzlich die Zustimmung zu sozialdarwinistischen und chauvinistischen Aussagen (Steigerung Sozialdarwinismus um bis zu 7,3 Prozentpunkte; Steigerung Chauvinismus um bis zu 9,2 Prozentpunkte). Dieser Anstieg weicht von den Ergebnissen einer vergleichbaren niedersächsischen Studie von Neuntklässler*innen ab, in der im Vergleich der Jahre 2013, 2015 und 2017 verringerte und gleichbleibende rechte Einstellungen im Zeitverlauf beobachtet werden (Krieg und Kliem (2019))
- **Knapp 40 % der Jugendlichen sind abwertend gegenüber Hartz-IV-Empfänger*innen eingestellt.** Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit richtet sich am häufigsten gegen Hartz-IV-Empfänger*innen: 38,9 % der Jugendlichen stimmen abwertenden Aussagen gegenüber Menschen, die Hartz-IV beziehen, zu. Des Weiteren sind 12,9 % der Schüler*innen abwertend gegenüber obdachlosen Personen eingestellt. Weitere 9,4 % der Jugendlichen teilen homophobe Einstellungen und 6,1 % werten Menschen mit Behinderungen ab. 5,8 % der

Jugendlichen teilen antisemitische Einstellungen und ein etwa gleich großer Anteil von 5,6 % äußert sich zustimmend gegenüber sexistischen Aussagen.

- **Sexistische Einstellungen sind rückläufig.** Als positiver Befund kann ein rückläufiger Trend für sexistische Einstellungen konstatiert werden. Die Jugendlichen Schleswig-Holsteins stimmen sexistischen Aussagen im Jahr 2018 deutlich seltener zu als vier Jahre zuvor.
- **Mehr als jede*r dritte Schüler*in hat schon einmal mindestens eine Kontakterfahrung mit der rechtsextremen Szene gemacht (34,9 %).** Die drei häufigsten Zugangswege sind dabei das Lesen von Flyern (24,6 %), der Besuch von Internetseiten von rechten Organisationen und Gruppen (9,8 %) sowie das Hören von rechten Bands (7,0 %). Mitglied in einer rechten Gruppierung sind darüber hinaus 8,8 % der Jugendlichen. Dieser Anteil ist im Landgerichtsbezirk Flensburg mit 13,5 % am größten.
- **Jede*r siebte Jugendliche*r hat sich schon einmal diskriminierend gegenüber einer gesellschaftlichen Gruppe verhalten (13,6 %).** Diskriminierende Verhaltensweisen nehmen am häufigsten die Form des Anpöbelns und des Bedrohens mit Worten an und richten sich vor allem gegen Ausländer*innen (8,9 %), gefolgt von Menschen mit Behinderungen (5,6 %), homosexuellen Personen (3,2 %) und obdachlosen Personen (1,8 %). Die schwerwiegenderen Taten der Körperverletzung und der Bedrohung mit einer Waffe finden nur sehr selten statt. Die Ausführung einer diskriminierenden Verhaltensweise steht in einem starken Zusammenhang mit der Zustimmung zu gruppenbezogenen Vorurteilen. Jugendliche, die ausländerfeindliche Einstellungen teilen sowie Menschen mit Behinderungen, obdachlose und homosexuelle Personen abwerten, führen deutlich häufiger ebenfalls diskriminierende Verhaltensweisen gegenüber diesen Personen aus. Die Übernahme eines rechtsextremen Weltbilds steht ebenso in einem engen Zusammenhang mit der Ausführung von diskriminierenden Verhaltensweisen.
- **Eltern reagieren nur in etwa der Hälfte der Fälle negativ, wenn ihr Kind eine Person diskriminiert hat.** Während Mütter sich in 57,1 % negativ gegenüber der Tat äußern sind es nur 46,7 % der Väter, die die Tat nicht für gut befinden. Freunde bewerten die Tat in 11,8 % der Fälle als negativ, Lehrkräfte in 74,1 % der Fälle.
- **Jede*r achte Schüler*in wurde schon einmal aufgrund ihrer oder seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe diskriminiert (12,6 %).** Die Ergebnisse zur Opferschaft von politisch rechts motivierten Handlungen zeigen, dass Jugendliche am häufigsten aufgrund ihrer Herkunft oder Nationalität diskriminiert werden (6,3 %). Am zweithäufigsten erleben die Jugendlichen Diskriminierung aufgrund ihrer politischen Meinung (3,2 %), gefolgt von Diskriminierung aufgrund der Religion (2,3 %); dies betrifft vor allem muslimische Jugendliche. Aufgrund der sexuellen Orientierung und des Geschlechts wurden jeweils 1,7 % diskriminiert, wobei im letzteren Falle vor allem Mädchen von Diskriminierungserleben berichten. An Gemeinschaftsschulen und bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund sind Diskriminierungserfahrungen prävalenter als an Gymnasien und bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund.
- **In ca. jedem achten Fall von einer Diskriminierungserfahrung berichten die Opfer von einem oder einer rechtsextremen Täter*in (13,3 %).** Ebenso wird nur jeder achte Fall bei der Polizei gemeldet. In 4,6 % der Vorfälle wird eine Strafe von der Schule oder einem Gericht verhängt. Während am häufigsten einem oder einer Freund*in von einer Tat erzählt wird, behält über ein Viertel der Schüler*innen die Diskriminierungserfahrung für sich (28,1 %).
- **Rechtsextreme Aktivitäten steigen in der Wahrnehmung von Jugendlichen.** Während die Wahrnehmung des Graffitisprühens zumindest im Landgerichtsbezirk Itzehoe zunimmt, wird

auf den Schulhöfen in allen Landgerichtsbezirken häufiger Material von Rechten verteilt. Darüber hinaus berichten Jugendliche vermehrt davon, dass ihre Freunde schon einmal von einer rechten Person angegriffen oder beleidigt wurden. Einzig im Landgerichtsbezirk Lübeck nehmen die Jugendlichen im Zeitverlauf weniger Beleidigungen und Angriffe durch Rechte auf ihre Freunde wahr. Dabei sei angemerkt, dass dieser Anteil (gemessen im Jahr 2013) im Vergleich zu denen der anderen Landgerichtsbezirke (gemessen im Jahr 2014) bereits deutlich höher ausfiel. Gleichzeitig steigt jedoch das Engagement für Vielfalt und Toleranz bei den Jugendlichen in den Landgerichtsbezirken Kiel und Flensburg.

- **Das Bedrohungs- und Angsterleben in Bezug auf Rechtsextremismus ist relativ hoch.** Die Ergebnisse zeigen, dass die Angst vor Rechten trotz signifikanter Rückgänge in einzelnen Landgerichtsbezirken über den Vier-Jahres-Zeitraum immer noch relativ hoch ist. Je nach Aussage variiert das Bedrohungs- und Angsterleben zwischen 15,6 % und 28,3 %. Am häufigsten äußern die Jugendlichen, dass sie Angst haben, Rechten auf der Straße zu begegnen (28,3 %), gefolgt von der Angst sich zu wehren, wenn Rechte sie beschimpfen (27,4 %). In den Landgerichtsbezirken Kiel und Itzehoe ist die Angst, sich zu wehren, wenn man von Rechten beschimpft wird, über die Zeit signifikant gesunken. Unterschiede zwischen den Landgerichtsbezirken bestehen derart, dass die Angst vor rechten Personen in der Schule in den Landgerichtsbezirken Flensburg und Itzehoe stärker ist als in den Landgerichtsbezirken Lübeck und Kiel. Im Landgerichtsbezirk Lübeck nimmt diese Angst im Zeitvergleich sogar etwas ab.

Korrelate von rechten Einstellungen und Verhaltensweisen in Schleswig-Holstein

- **Das soziale Umfeld der Jugendlichen steht in starkem Zusammenhang mit der Übernahme rechter Einstellungen.** Die Analyse der Korrelate rechter Einstellungen hat aufgezeigt, dass rechte Einstellungen im sozialen Umfeld der Befragten (d. h. Eltern, Klassenlehrkraft und beste*r Freund*in) eng mit der eigenen Zustimmung zu rechten Einstellungen in Zusammenhang stehen. Dies gilt über alle betrachteten Einzeldimensionen hinweg, wobei sich ein besonders starker Zusammenhang für die Dimension Ausländerfeindlichkeit zeigt. Auch der Kontakt in die rechtsextreme Szene hat sich als bedeutsames Korrelat rechter Einstellungen erwiesen, wenngleich die Effekte vergleichsweise schwach ausgeprägt sind. Das soziale Umfeld steht neben den einzelnen Dimensionen von Rechtsextremismus ebenso mit der Übernahme eines geschlossenen rechtsextremen Weltbilds in Zusammenhang. Darüber hinaus begünstigen sowohl Kontakterfahrungen in die rechtsextreme Szene als auch rechte Einstellungen im sozialen Umfeld die Ausführung diskriminierender Verhaltensweisen.
- **Rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensweisen sind unter Gemeinschaftsschüler*innen stärker vertreten als unter Gymnasiastinnen und Gymnasiasten.** Dieser Effekt zeigt sich bei der Betrachtung von Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur sowie Verharmlosung des Nationalsozialismus, nicht jedoch für die Dimensionen Chauvinismus und Ausländerfeindlichkeit. Ebenso verhalten sich Gemeinschaftsschüler*innen häufiger diskriminierend gegenüber Ausländer*innen als Gymnasiastinnen und Gymnasiasten.
- **Die Zustimmung zu rechten Einstellungen unterscheidet sich zwischen Mädchen und Jungen.** Im Vergleich zu männlichen Befragten teilen weibliche Befragte häufiger antisemitische Einstellungen und befürworten eher eine rechtsautoritäre Diktatur. Männliche Befragte

führen dagegen häufiger diskriminierende Verhaltensweisen aus. Dies gilt in Bezug auf alle abgefragten gesellschaftlichen Gruppen.

- **Persönlichkeitsmerkmale der Befragten stehen in Zusammenhang mit rechten Einstellungen und Verhaltensweisen.** Die multivariaten Analysen haben aufgezeigt, dass die Persönlichkeitsmerkmale Autoritarismus, hierarchisches Selbstinteresse, Selbstkontrolle und Empathie die Zustimmung zu rechten Einstellungen und/oder die Ausübung diskriminierender Verhaltensweisen signifikant beeinflussen. Während stärker autoritäre Einstellungen und – obgleich in geringerem Maße – höheres hierarchisches Selbstinteresse als Risikomarker für rechtsextreme Einstellungen ausgemacht werden können, lässt sich Empathie und Selbstkontrolle als Schutzfaktor interpretieren. Jugendliche, die eine höhere Empathiefähigkeit aufweisen, vertreten signifikant seltener ausländerfeindliche, antisemitische und sozialdarwinistische Einstellungen und stimmen Aussagen zur Verharmlosung des Nationalsozialismus weniger stark zu. Hinsichtlich diskriminierender Verhaltensweisen lässt sich lediglich das hierarchische Selbstinteresse als Risikomarker nachweisen, während Empathie offenbar eine schützende Wirkung gegenüber der Diskriminierung von Menschen mit Behinderung und homosexuellen Personen hat. Auch vertreten Jugendliche mit höherer Empathiefähigkeit seltener ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild.
- **Jugendliche, die sich oder die Lage der Deutschen als depriviert wahrnehmen, teilen vermehrt rechte Einstellungen.** Jugendliche, die die allgemeine Lage der Deutschen als arm einordnen (*kollektive absolute Deprivation*) stimmen häufiger chauvinistischen, diktaturbefürwortenden sowie sozialdarwinistischen Aussagen zu. Darüber hinaus befürworten Jugendliche, die es für sinnlos halten, sich politisch zu engagieren (*institutionelle Deprivation*), eher rechte Einstellungen (ausgenommen Antisemitismus und Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur).
- **Interethnischer Kontakt kann als potentieller Schutzfaktor vor der Übernahme ausländerfeindlicher Aussagen ausgewiesen werden.** Je mehr ausländische Personen in der Nachbarschaft, Schulklasse, Freundeskreis und Freizeitgruppe bzw. Schul-AG oder Verein wahrgenommen werden, desto weniger ausländerfeindliche Einstellungen teilen die Jugendlichen. Auf weitere Dimensionen rechter Einstellungen hat der interethnische Kontakt offenbar keine Auswirkungen.
- **Jugendliche mit Migrationshintergrund sind weniger ausländerfeindlich und antisemitisch eingestellt und verhalten sich weniger diskriminierend gegenüber Ausländer*innen.** Erwartungsgemäß zeigt sich, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund im Vergleich zu Jugendlichen ohne Migrationshintergrund weniger ausländerfeindlich eingestellt sind. Zudem kann der in der Öffentlichkeit häufig postulierte Antisemitismus von Menschen mit Migrationshintergrund nicht für Jugendliche in Schleswig-Holstein bestätigt werden, da diese sogar weniger antisemitisch eingestellt sind als Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Auf der Verhaltensebene zeigen Jugendliche mit Migrationshintergrund weniger diskriminierende Verhaltensweisen gegenüber Ausländer*innen. Dafür lässt sich aber unter Jugendlichen mit Migrationshintergrund häufigeres diskriminierendes Verhalten gegenüber homosexuellen Personen feststellen.
- **Eine niedrige Selbstkontrolle sowie hohe Impulsivität und Feindseligkeit/Aggressivität stehen in engem Zusammenhang mit der Ausführung von diskriminierenden Verhaltensweisen.** Die Fähigkeit der emotionalen Selbstregulation in Situationen, in denen Personen geärgert oder gestört werden (Selbstkontrolle) verringert die Wahrscheinlichkeit,

sich diskriminierend gegenüber homosexuellen Personen zu verhalten. Demgegenüber zeigen Jugendliche mit höherer Feindseligkeits-/Aggressivitätsneigung häufiger diskriminierende Verhaltensweisen gegenüber Ausländer*innen und obdachlosen Personen.

- **Diskriminierungshandlungen gegenüber bestimmten gesellschaftlichen Gruppen stehen in Zusammenhang mit der sozialen Benachteiligung der Täter*innen.** Jugendliche, die sich sozial depriviert fühlen, verhalten sich eher diskriminierend gegenüber Menschen mit Behinderungen und homosexuellen Personen. Darüber hinaus sind Jugendliche, die Anomie und damit allgemeine Gefühle der Verunsicherung und Orientierungslosigkeit erleben, häufiger diskriminierend gegenüber Ausländer*innen. Schüler*innen, deren Eltern Sozialleistungen beziehen, führen eher diskriminierendes Verhalten gegenüber Menschen mit Behinderungen aus. Sich einsamühlende Schüler*innen zeigen mehr diskriminierende Verhaltensweisen gegenüber obdachlosen Personen auf.